

metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Gescheint wöchentlich am Samstag.
Bezugspreis vierteljährlich 1,50 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungssätze.

für den Inhalt verantwortlich: A. Quist
Schriftleitung und Verbandsstelle: Stuttgart, Rötestraße 16 b II.
Fernsprecher: Nr. 8800. — Postscheckkonto Stuttgart 8903.

Anzeigengebühr für die sechsgesparte Kolonelzeile:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, andere Anzeigen 2 Mark.
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

Weimar*

Das alte freundliche Städtchen Thüringens, noch vor kaum hundert Jahren der Mittelpunkt deutschen Dichter- und Denkerledens, rastet wehmütige geschichtliche Erinnerungen wach. Damals vereinigte es Geistesfreien, strahlte durch sie Geistesmärkte über das ganze übrige Deutschland aus, ohne es freilich auch in allen seinen Teilen zu erleuchten. Heute der Treffpunkt der Auszubildenden des gleichen Volkes, ist es berufen, ebenfalls einen hebenen Geist auf das übrige Volk auszustrahlen. Damals gehoben im Glück, ein leuchtender Stern des durch Kleinstaaterei zerrissenen Deutschland, heute gleich tief betroffen vom Unglück aller inzwischen zu einem Staatenbund vereinten deutschen Stämme. Die bange Frage, ob auch diesmal wie früher ein starker Geist von Weimar ausstrahlend das übrige Reich beleben könnte, harzt ihrer Lösung. Das Weimar der Schiller und Goethe, das man sich sonst fast nur nach dem im Sommer oder Frühjahr gewonnenen Eindrücken vorzustellen vermag, scheint dieser Frage mit bangen Zweifeln auszuweichen. Frostig wie der trübe Februartag liegt es da, stumm in Schnee, einem undurchdringlichen Schweigen gleich, gehüllt.

Marschschritte erdröhnen. Feldgrau bis an die Zähne bewaffnet durchziehen die Stadt. Ihnen folgen Kraftwagen mit Maschinengewehren, Proviant- und Munitionskarten. Heimkehrende Krieger? — Nein — Hinausziehende für den Ostmärktenkrieg, die hier nur in kurzer Rast zum Schutz der Nationalversammlung weilen. Armes Deutschland! Erschrocken Bünden, die dir der Krieg geschlagen, schmerzen nicht so, wie die dir von den eignen Söhnen beigebrachten. Kann Weimar, wird Weimar heilen? — Wer möchte diese Frage nur annähernd beantworten?

Auch die Zusammenfassung der Nationalversammlung lässt diese Frage offen. Die Sozialdemokratie ist zwar die stärkste Partei, verfügt aber nicht über die unbedingte Mehrheit, auch dann nicht, wenn man die U. S. P. ihr zurechnet. Das weist der künftigen Politik den Weg. Stein sozialdemokratische Politik ist genau so unmöglich wie rein bürgerliche, sozialdemokratische mit stark bürgerlichem oder bürgerliche Politik mit stark sozialdemokratischem Einfluss ist das Gegebene. Darin aber liegt die große Schwierigkeit. Keine Partei ist stark genug, eigene Politik treiben zu können. Keine Partei fühlt sich aber schwach genug, um der anderen weitgehende Zugewandtheit machen zu müssen. Die beiden der sozialdemokratischen Partei an Stimmenzahl und Abgeordnetenstärke zunächst stehenden Parteien sind zusammen der Sozialdemokratie gewachsen, verfügen über die gleiche Anzahl von Sitzen, bilden somit einen ebenbürtigen Partner. Gedeht für sich allein aber befürchtet auch einem Zusammensehen mit der Sozialdemokratie, diesen infolge ihres ungeheuren Vorprungs nur Schleppenträgerdienste leisten zu dürfen. Das gilt besonders von der Demokratischen Partei, die für die Sozialdemokratie in erster Linie für ein Zusammensehen in Betracht kommen dürfte. Beide Parteien zusammen verfügen über eine unbedingte Mehrheit, in ihr aber wiederum die Demokraten nur über die Hälfte der Sitze der Sozialdemokratien. Daraus ergibt sich jenes Bestreben nach Abschluß an einer andere bürgerliche Partei, als welche ihrer Stärke entsprechend nur die Zentrumspartei in Betracht kommen kann. So sehen wir auch in der Nationalversammlung die alte Koalition: Sozialdemokratie, Demokratie, Zentrum als Regierungsbild aufzutreten.

Viele mag das enttäuschen, nicht aber die, die wissen und sich stets vergegenwärtigen, daß die Ordnung politischer Dinge, die Gestaltung des Staates abhängig ist von seiner wirtschaftlichen Entwicklung, daß sich diese in jenem wieder spiegelt. Riesengroß sind die Fortschritte des letzten Jahrhunderts auf wirtschaftlichem Gebiete. Das wirtschaftlich zur größten Vollendung emporgetragene Deutsche Reich blieb aber im großen und ganzen in bezug auf seine politischen Einrichtungen auf der Stufe des vorigen Jahrhunderts stehen. Der politische Überbau Deutschlands entsprach schon seit Jahrzehnten nicht mehr seinem wirtschaftlichen Unterbau. Durch die Novemberrevolution wurde er mit geradezu wunderbarer Leibungsfreiheit beseitigt. Sein Neuaufbau kann nur erfolgen unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Entwicklung, die sich wohl in ihrem Tempo beschleunigen oder verlangsamen, nicht aber plötzlich erzwingen läßt. Wag die Paarung Demokratische Volkspartei und Christliche Volkspartei unnatürlich sein, mag für die Verbindung dieser beiden mit der Sozialdemokratie das gleiche gelten, eine Politik ohne oder gar gegen die Arbeiter ist heute nicht mehr möglich. Das haben die freiesten aller Wahlen allen, die es angeht, zu klar vor Augen geführt. Das ergaben auch die ersten Kundgebungen in der Nationalversammlung: die Reden des Volksbeauftragten Ebert, des Alterspräsidenten Pfannkuch und des Präsidenten der Nationalversammlung Dr. Davids. Alle Reden gipfelten in dem Volemnis zum demokratischen Freistaat zur Souveränität der Nationalversammlung, zum einzigen Deutschen Reich. Alle erhoben Einspruch gegen jede Bedrückung und jede Gewalttherrschaft, möge sie kommen, von welcher Seite sie auch wollten. Eine einzige große Sympathiebezügung mit den unrechtmäßig in Heindesland zurückgehaltenen Gefangenem, mit den armetierten Elsaß-Lothringern und den sich zu uns hingezogen fühlenden Deutsch-Oesterreichern. Aber auch eine einzige Willensklärung zur Wiederaufrichtung geordneter Zustände, zum Frieden auf verschämlicher Grundlage, zum Völkerbund, zur Gemeinschaftsarbeit aller Kollegen nur für das Beste des Volles. Das Fichtewort: "Wir wollen errichten ein Reich des Rechts und der Wahrhaftigkeit, gegründet auf Gleichheit alles dessen, was Menschenartig trägt", mit dem der Volksbeauftragte Ebert seine Begrüßungsrede schloß, charakterisierte die ganze Nationalversammlung, von kleinen Gruppen ganz links und ganz rechts abgesehen. Es war auch maßgebend, als die Versammlung zur eigentlichen parlamentarischen Arbeit, zur Beratung und Verabschiebung des Gesetzes über die vorläufige Reichsgewalt überging.

Kollegem! Sorgt dafür, daß alle vom Heer zur Entlassung gelangenden Verbandskollegen sobald wie möglich wieder bei der zuständigen Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes anmelden.

Dieses Notgesetz wurde durch den Staatssekretär des Innern, Dr. Preuß, begründet und nach seiner ersten Lesung am 8. Februar sofort am 10. in zweiter und dritter Lesung erledigt. Es bezeichnet als Aufgabe der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung die Beschlusssatzung über die künftige Reichsverfassung und über sonstige dringende Reichsgesetze. Die Einbringung von Vorlagen der Reichsregierung an die Nationalversammlung bedarf der Zustimmung eines Staatenausschusses. Dieser besteht aus Vertretern derjenigen deutschen Freistaaten, deren Regierungen auf dem Vertrauen einer aus allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlen hervorgegangenen Volksvertretung beruhen. Bis zum 31. März 1919 können mit Zustimmung der Reichsregierung auch andere deutsche Freistaaten Vertreter entsenden. Die Stärke der Vertretung richtet sich nach der Einwohnerzahl, auf je eine Million ein Vertreter, auf die überschreitende Zahl in der Höhe der Einwohnerzahl des kleinsten Bundesstaates ein weiterer Vertreter.

Deutsch-Oesterreich soll im Falle des Anschlusses in der genannten Stärke am Staatenausschuß mit beratender Stimme teilnehmen können. Kein Freistaat darf durch mehr als ein Drittel aller Stimmen vertreten sein. Kommt eine Übereinstimmung zwischen Reichsregierung und Staatenausschuß nicht zustande, so darf jeder Teil seinen Entwurf der Nationalversammlung zur Beschlusssatzung vorlegen.

Der Gebietsbestand der Freistaaten kann nur mit ihrer Zustimmung geändert werden. Reichsgesetze kommen nur durch Übereinstimmung zwischen Nationalversammlung und Staatenausschuß zu Stande. Ist Übereinstimmung nicht zu erzielen, so kann der Reichspräsident die Entscheidung durch Volksabstimmung herbeiführen. Die Mitglieder der Nationalversammlung sind immun. Auf die Nationalversammlung finden die Artikel 21 bis 23, 26 bis 32 der bisherigen Reichsverfassung entsprechende Anwendung. Artikel 21 auch auf Soden.

An der Spitze des Reichs steht ein Reichspräsident. Dieser hat das Reich volltrechlich zu vertreten, im Namen des Reichs Verträge mit auswärtigen Mächten einzugehen, Gesandte zu beglaubigen und zu empfangen. Kriegserklärung und Friedensschluß erfolgen durch Reichsgesetze. Verträge mit fremden Staaten, die sich auf Gegenstände der Reichsverfassung beziehen, bedürfen der Zustimmung der Nationalversammlung und des Staatenausschusses. Ebenso Verträge mit Staaten des Völkerbundes, sofern ein solcher zu stande kommen sollte. Alle solche Gesetze und Verträge sind vom Reichspräsidenten im Reichsgesetzblatt zu verkünden.

Der Reichspräsident wird von der Nationalversammlung mit absoluter Stimmenmehrheit gewählt. Er beruft ein Reichsministerium, dem sämtliche Reichsbehörden und die oberste Heeresleitung unterstellt sind. Die Reichsminister bedürfen des Vertrauens der Nationalversammlung. Sie sind für Führung ihrer Geschäfte der Nationalversammlung verantwortlich. Alle zivilen und militärischen Anordnungen und Verfügungen des Reichspräsidenten bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Gegenziehung durch einen Reichsminister. Das Gesetz tritt sofort mit seiner Annahme in Kraft, und es kommen von diesem Zeitpunkt an alle Gesetze und Verordnungen, die nach bisherigem Rechtsauct der Mitwirkung des Reichstages bedurften, nur noch diesem Gesetz auszuhändigen.

Wenngleich diesem Gesetz alle Mängel eines Notgesetzes und eines Kompromisses anhaften, so waren dennoch alle Parteien mit Ausnahme der U. S. P. bereit, ihm ohne Kontingenzerörterung und ohne Anträge dazu zu stellen, zugestimmen. Sie verwahnten sich aber alle dogmatisch, sich dadurch in irgendeiner Weise für die endgültige Verfassung festlegen zu wollen. Die U. S. P. beantragte unter anderem die Anerkennung der U. und S.-Räte als über der Nationalversammlung stehenden Körperschaft mit Einspruchrecht gegen deren Beschlüsse. Dem Centralrat wollte sie die Befreiung geben, ferner eine Volksabstimmung vorzunehmen. In einem andern Antrage verlangte sie Offenheitlichkeit der Verträge mit anderen Staaten überhaupt. Die ersten beiden Anträge fanden nur ihre eigene Zustimmung. Alle anderen Parteien lehnten sie ab, weil sie mit der Anerkennung der Nationalversammlung als einzigen und obersten Souverän eines freien Volkes unvereinbar sind. Die Nationalversammlung ist aus freien Wahlen auf freies und breites Grundlage hervorgegangen, während dies bei den U. und S.-Räten keineswegs der Fall ist. Diese stellen gegenüber der Vertretung des ganzen Volkes nur die einzelnen Gruppen dar. — Der Antrag auf Offenheitlichkeit aller Verträge fand mehr Beachtung, weil er unter dem Schlagwort Befreiung der Geheimdiplomatie begründet wurde. Die Redner waren in dem Streben auf Befreiung der Geheimdiplomatie einig, erklärten aber eine Schwäche der Stellung Deutschlands bei den bevorstehenden Friedensverhandlungen in der Verpflichtung, seinerseits alle Verträge öffentlich zu behandeln, während die andern Staaten ungefähr ihre Geheimdiplomatie weiter aufrecht erhalten. Da auch in diesem Punkte die Antragsteller auf ihren Anträgen bestanden, verfielen sie gegen ihre Stimmen der Ablehnung.

Damit war die erste wichtige Gesetzgebungarbeit der Nationalversammlung erledigt, zwar keine endgültige, wohl aber eine Notverfassung geschaffen, auf Grund deren eine von der Volksvertretung anerkannte Regierung ihres Vertrauens gebildet werden kann. Andernfalls erfolgte die Wahl des Reichspräsidenten, die auf Genossen Fritz Ebert fiel, und am Donnerstag den 12. Februar stellte sich die neue deutsche Volksregierung (Ministerpräsident Scheidemann) mit ihrem Programm vor. Die Wahl ist frei zum Frieden und damit zum politischen und wirtschaftlichen Aufbau des neuen deutschen Freistaates.

Beim Werden des Sozialismus

Von Wilh. Häusgen.

Der politische Umsturz hat uns vor eine Menge wild durcheinanderstreudende Kräfte gestellt. Es konnte ja kein Mensch annehmen und erwarten, daß, als der alte starre Mann, der die Kräfte mit eiserner Gewalt zusammenhielt, fiel, nun die freigewordenen Kräfte alle gleich in eine Zielrichtung drängen würden. Auch in der Frage des Sozialismus und der Sozialisierung gingen die Anschaungen auseinander. Freilich: bei der Bearbeitung für die Nationalwahlen machten auch die „bürgerlichen“ Parteien soviel Anstreben beim Sozialismus, daß die Sozialdemokratie, sofern man den neu gebildeten „Sozialisten“ glauben konnte, tatsächlich hätte abtreten können. Da war keine Partei, die nicht „auch“ eine wenn auch beschränkte Sozialisierung gewollt hätte. Der Gegensatz zur Sozialdemokratie wurde vorwiegend in der Behauptung aufgestellt, diese Partei wolle alles Privateigentum „aufheben“ und alles verstaatlichen. Natürlich will die Sozialdemokratie nicht das Privateigentum „aufheben“, sondern im Gegenteil durch Befreiung der Produktion von ihren kapitalistischen Hemmungen mehr Güter erzeugen und damit die Menschen reicher machen. Die Sozialdemokratie will vor allem Sicherheit der Entwicklung sein, sie will auch gar nicht einfach zu gegebener Zeit alle Produktionsmittel sozialisieren, wenn sie auch als schließliches Ziel die Verwandlung des Staates in eine große Wirtschaftsgenossenschaft erkennt. Schon in den Erläuterungen zum Erfurter Programm (Seite 4 und 5) hat Kautsky darauf verwiesen, daß dies Programm nicht nur eine bedingte Anerkennung des Privateigentums enthält, sondern daß auch das Privateigentum an den Produktionsmitteln als unter bestimmten Umständen berechtigt und notwendig anerkannt wird. Natürlich war der „Sozialismus“ der „bürgerlichen“ Parteien im allgemeinen nicht mehr als plumper Bauernhang, als Wahlmaße, sonst hätte ja gar kein Grund vorgelegen, die Partei des Sozialismus, die Sozialdemokratie zugleich bestmöglich zu bekämpfen!

Aber über Art, Umfang und Zeitmaß der Sozialisierung waren die Anschaungen in der sozialdemokratischen Partei auch vor dem Kriege nicht einheitlich. Wir erinnern an die Auseinandersetzungen darüber, ob in der Landwirtschaft der Groß- oder der Kleinbetrieb der ergiebigste sei. Ich neige stets zu und widerspreche dem Vorwärts, der neuerdings — wohl die Not zur Ewigkeit stempelnd — dem Spaten gar einen beschränkten Vorzug vor dem Pflug geben möchte. So aus dem Kleinbetrieb mehr herausgeholt wird als aus dem Großbetrieb, kann dies ja immer nur auf Kosten der menschlichen Arbeitskraft erfolgen. Wenn stelltweise der Großbetrieb mangelfreie Erträge liefert, dann folgt daraus noch lange nicht, daß er — bei entsprechender Bewirtschaftung — nicht weit mehr leisten kann. Gelegentlich wurde früher auch behauptet, daß in der Metallindustrie für Qualitätsarbeit der mittlere Betrieb geeigneter sei, während der Großbetrieb mehr für Massenartikel in Frage kommt. Mit allgemeinen kann ohne weiteres gegeben werden, daß es da kein Wohlstand gibt und daß, was als Regel Geltung hat, darum wieder nicht im Einzelfall das Rechte und Zeitgemäße zu sein braucht. Nichts ist starr, alles fließt! Dieser Satz gilt vielleicht so auch hier. Alle Regeln und Klasseneinteilungen sind nur Hilfsmittel des die Erfahrung nährenden Verstandes und als solche gefüllt, während das warm flutende Leben keine statuen Regeln kennt.

Nun sind da Genossen, die Angst verraten, daß ihnen der Sozialismus gefangen werden oder sonst verloren gehen könne, wenn er nicht „sofort“ in die Wirklichkeit übergeht wird. Manche von diesen Leuten sind dann schon ein gut Stück beruhigt, wenn sie irgend einen „Betriebstat“ oder dergleichen durchgesetzt und verkündet haben, daß ein Betrieb damit sozialisiert sei! Über Maßnahmen, die aus Furcht vor „bürgerlichen“ Parlamentsmehrheiten als „dringend“ bezeichnet werden, können, wenn sie leicht einzuführen sind, ja auch leicht wieder aufgehoben werden, sodaß sie gar keine abwegige und wirtschaftliche Sicherung wären. Dies wird von den Bündigen regelmäßig verkannt. Die einzige wirkliche Sicherung des Sozialismus ist ja die unausgesetzte Werbearbeit für die Sozialdemokratie, auf daß sie noch immer mehr Anhang im Volle findet. Haben wir eine sozialistische Regierung, dann haben wir allen Segen des Sozialismus damit in der Hand und können davon ausstreuen, wie wir selbst es immer für angebracht halten. Wie ja auch die Frauen die Befreiung aller rechtlichen Unrechten mit dem Frauenwahlrecht in der Hand haben. Die um ihren Sozialismus so besorgten Genossen sind dabei vielfach doch von einer sorglos-frohlichen Unbekümmertheit, sodaß dagegen der tänzelnde Bär ein Kaiserthron war. Wer mit dem Sozialismus fest verbunden ist, hat ihn ja immer als entwicklungsgeschichtliche Notwendigkeit aufgesetzt. Gerade dies hat uns ja früher schon — als die sozialdemokratische Partei noch klein war — immer mit stolzer Zuversicht erfüllt und unsere Stärke gewaltig angepeckt.

Bei einer sozialistischen Regierung und einer immer stärker werdenden sozialdemokratischen Partei bekommen ja viele Fragen ein anderes Ansehen, so auch die der „gemisch-wirtschaftlichen Unternehmungen“. Kautsky hat in letzter Zeit „Richtlinien für ein sozialistisches Aktionsprogramm“ veröffentlicht, die auch als Beiblatt zum Vorwärts erschienen. Daraus wird auch auf Anklage an den „bürgerlichen Betrieb“. Zum Beispiel wird verlangt, daß Produktionszweige, deren sofortige Sozialisierung nicht möglich ist, soweit sie dazu geeignet sind, durch den Staat abgewickelt werden. Das Syndikat hat die Schaffung der Rohstoffe, den Absatz der Produkte sowie die Regelung der Produktionsbedingungen zu besorgen. Es hat auch das Recht, überflüssige oder unrationelle Betriebe stillzulegen. In seine Leitung werden gewählt zu einem Viertel Vertreter der Unter-

* Dieses Stimmungsbild aus der Feder eines der Nationalversammlung angehörenden Verbandskollegen sollte in Nr. 8 erscheinen. Der Brief darum brachte jedoch zwei Tage, bis er uns erreichte, zu einer Zeit, wo die Nummer längst abgeschlossen sein mußte. Schriftleitung.

nehmer, zu einem Viertel Vertreter der Arbeiterräte, endlich zu einem dritten Viertel die bei organisierten Konsumenten des Produktionszweigs — etwa Industrie, wenn der Produktionszweig Produktionsmittel fabriziert, oder Vertreter von Konsumgenossenschaften und Gemeinden, wenn er Konsummittel herstellt. Das letzte Viertel wird gebildet von Vertretern des Staates, die das Gesamtinteresse repräsentieren. Innerhalb der einzelnen Betriebe werden dem Unternehmer Arbeiterausschüsse oder Arbeiterräte zur Seite gestellt, die die Durchführung der Beschlüsse des Syndikats überwachen und dahin wirken, daß sie möglichst zweckmäßig und unter Wahrung der Arbeiterinteressen durchgeführt wird." Nach Rauch's Aktionsprogramm sollen die sozialisierten oder verstaatlichten Betriebe nicht nach der Schablone einer zentralisierten Bürokratie eingerichtet werden, sondern den Betätigungen soll möglichste Selbstständigkeit gegeben werden. "Nach Möglichkeit sollten nicht vereinzelte Betriebe, sondern ganze Industriezweige verstaatlicht werden. Feder dieser Industriezweige wäre, wie auch deutsch-österreichische Genossen in einem Entwurf über die Sozialisierung verlangen, von einem Kollegium zu verwaltet, in dem die Staatsgewalt nur mit einem Drittel der Mitglieder vertreten ist. Ein zweites Drittel bilben die Vertreter der Arbeiter des Industriezweigs, das letzte Drittel die Vertreter seiner organisierten Abnehmer."

Rauch weist Rauch auch darauf hin, daß noch dringlicher als die Frage der Produktionsweise die der Produktion selbst ist, was sonderbarweise heute von manchen Arbeitergesellschaften nicht genügend gewidmet zu werden scheint. Die Produktion „wieder zu beleben und in Gang zu bringen, ist unsere dringendste Aufgabe. Sie bildet die Voraussetzung jedes Versuchs einer Sozialisierung der Produktion.“

Als Beitrag zum Thema „Sozialisierung“ werden der Frankfurter Zeitung (Nr. 84 dieses Morgenblatts vom 1. Februar) von einem „Praktiker“ Ausführungen geschildert, die unter der Überschrift „Aufstieg von Arbeitern und Angestellten im Betriebe“ veröffentlicht werden. Aus sozialistischen Gründen wird da vorgeschlagen, daß der Staat dadurch Mitbesitzer von Industrieunternehmungen wird, daß er von jeder Aktie bei Aktiengesellschaften 20 von 100 als Anteil übernimmt. Die bisherige privatwirtschaftliche Arbeitsform soll dabei gewahrt bleiben, aber das Reich müßte maßgebend auf die Geschäftspolitik werden, indem es seine Beauftragten in die Verwaltung entsendet. Die Arbeiter und Angestellten sollen durch gerechte Vertrauensleute an der Regierung der Geschäftspolitik teilnehmen. „In der Praxis würde sich dies so darstellen, daß die Geschäftsführung die kapitalistischen Erwerbsmänner, die Vertrauensleute der Angestellten, das Wohl dieser vertraten und daß die Staatskommisare vermittelnd wirkten.“ Der Aufsichtsrat soll nicht, wie bisher, nur eine Art Dekoration der Firma sein und eine meist einträgliche Sicherung für die Träger hoher Namen, sondern er müßte eine wirklich arbeitende Räkerschaft werden, die auch das Wohl der Allgemeinheit dauernd verfolgen soll. Staatskommisare und Vertrauensleute der Angestellten von vornherein in die ausführende Geschäftsführung zu legen, wird für verschrift gehalten, es heißt, die ganz großen, namentlich internationalen Geschäfte würden nicht nur in den jeweiligen Direktionsträumen vorbereitet und abgeschlossen, sondern „in den Brachkabinen der Zugdampfer und internationalen Hotels“. Diesen Umständen gemäß werden allerhand Eigenarten verlangt, die sich die Vertrauensleute der Arbeiter und Angestellten bei Verhandlungen aller Art erst entdecken sollen. „In einigen Jahren werden sie dann so weit fähig sein, daß sie vom Aufsichtsrat durch Wahl in die eigentliche Geschäftsführung entsendet werden können.“ Der Aufsatz der Frankfurter Zeitung, auf den wir unsere Mitglieder hiermit auch hinweisen, schließt:

„An die Stelle des blinden Zufalles in Verteilung der Produktionsgüter wird die erzielbare Belohnung von durchaus selbstarbeit ausgebildeten Naturanlagen kommen. Und dies nicht zum wenigsten zum Wohle der Betriebsunternehmungen selbst, die jetzt nach führenden Köpfen geredet zu schreien, die in der Masse ihrer Arbeiter und kleinen Angestellten aber nicht suchen und auch schwer finden könnten. Ein Beispiel im kleinen zeigt jetzt Jahrzehnten die Firma Karl Zeiss, das Werk Ernst Abbe in Jena. Hier wurden nicht nur die Betriebsleiter und Abteilungsleiter aus den Kreisen der eigenen Mechaniker und Optiker herangebildet, sondern auch die technischen Vorarbeiter der auswärtigen Niederlassungen; mit welchem Erfolg, zeigt das Lüften dieser größten optischen Firma der Welt. Leider wurde aber der Stellung und dem Ansehen der wissenschaftlich gebildeten Mitarbeiter der Firma kein Abbruch getan. Wiedische Intelligenz muß der Staat wie die Privatunternehmungen hervorziehen, wo er sie nur immer findet... Die Geschäftsführung würde also ihre Geschäfte genau wie bisher und mit den gleichen Mitteln machen, aber eine grundlegende Änderung würde ihre Stellung zur Arbeiterschaft erheben. Das Offizierbemühlein des Herrn im eigenen Hause“ muss beiseite gelegt werden. Die jüngste, leidende Erfahrung über Arbeitssatz, Bezahlung, Bereinigung von Arbeitern sowie die allgemeine Wohlfahrtspflege hinsichtlich Beschaffung von Wohnungen, Bewilligungen, jüdischer Einrichtungen usw. unterstreicht jetzt durch die erwähnten Vertrammensche der Bildungsanstalt der Angestellten. Die bisherigen Kämpfe würden — wenn auch nicht zuletzt bestätigt — jedenfalls wesentlich gewaltsam werden. Besonders künftig der Bezahlung würden die Vertrauensleute gegenstehen müssen. Sie befürchten im Aufsichtsrat Aufschluß über die Möglichkeiten und über die Abhängigkeit der Lebenshölle von der Konkurrenz auf dem Weltmarkt. Und in dieser Erziehung kann man wohl auf die gute Einigkeit der Vertrauensleute vertrauen. Denn es ist ein großer Unterschied, ob man jemandem auf seine Bitte um Bevorzugung seiner Lebenslage zufrieden liegt, das ginge nicht und die Gründe wären vielleicht es nicht, er hätte darüber keinen Einfluß nicht zu verlangen, oder ob man ihm diese Voraussetzung aus der Notwendigkeit heraus zwangsläufig unterstellt und ihn in zufolge dessen die Arbeitssatz herstellt.“

Die Bedeutung der Kohle für die Volkswirtschaft

Der Krieg wird uns gefährden:

Können wir die funktionierende Wirtschaft bei dieser Krieger mit einer einzigen Zermess bringend, so lautet sie: Kohle. Schon gleich nach Ausbruch der Revolution erschien von sehr einflussreicher Seite der Wohnungskrieg: Kohle! Dieser Ruf ist seit der Zeit eines nicht mehr bestimmt. Wie ist und wie soll über die Kohle in das Büchlein leben eingehen, davon haben die wenigsten eine Ahnung. Als Beispiel sei nur ein Brief des wirtschaftlichen Lebens herausgezogen: die chemische Industrie und was sie wieder ein Teilprodukt, Kleinstadt. Der außer den Fabrikanten hat im Allgemeinen jenseits etwas von Reaktion gehört? Wer hat sich jemals um dieses Produkt gekümmert? Wie bringt es über gebraucht wird, wird aus dem folgenden hervorgehen. Sonstiges kommt es die Textilindustrie zur Versorgung einflussreicher Industrie. Ist das Unternehmen nicht geschädigt, so kommt die ganze Wirtschaft unzählige erhebliche

Gewerbeindustrie zum Erliegen. Auch zur Ausschließung von Strohstrohstoffer braucht man es, von dem nur so geringe Mengen vorhanden sind, daß die Ernährung der Pferde in den Großstädten nicht mehr aufrechtzuerhalten ist. Können die Pferde nicht mehr ernährt werden, so würde der Zusammenbruch des städtischen Transportwesens in erster Linie der für die Volksgesundheit so wichtigen Müllabfuhr sein. Man wird erwidern, gibt es keine Pferde, so nehme man Autos. Aber die Poststrassenwagen werden jetzt mit Benzol, einem Teerdestillat, betrieben. Teer wird aus Kohle gewonnen, und — Kohle ist nichts da. Ferner braucht die Leberindustrie das Uranium unbedingt zum Herstellung. Gehört ihr der chemische Hilfsstoff, so kann kein Schuhleather hergestellt werden, und es kann tatsächlich geschaffen, daß wir alle noch barfuß laufen müssen. Auch in der Seifenindustrie wird Uranium zum Versieben der Fette benötigt. Geradezu katastrophal wirkt der Mangel dieses Produktes in der Farbenindustrie; ist sie doch nahezu die einzige, die imstande wäre, die dringend benötigte Ausfuhrprodukte herzustellen, durch die wir dann im Auslande Lebensmittel austauschen könnten. Auch die Automobilindustrie kann ohne Uranium nicht auskommen. Aus diesem Wenigen geht zur Genüge hervor, was für eine ungemeine Bedeutung das in weiteren Kreisen unbekannte Uranium hat. 6000 Tonnen braucht die Industrie, 880 werden nur erzeugt. Diese Erzeugung könnte durch Beschaffung der erforderlichen Mengen auf 1500 Tonnen erhöht werden — wenn Kohle da wäre. Aber Kohlen werden nicht oder nicht gern gefordert, folglich kann auch kein Uranium hergestellt werden. Folglich muß über kurz oder lang die Webindustrie, die Lederindustrie, die Seifenindustrie, die Farbenindustrie, die Aluminiumindustrie und die Strohstrohstofferstellung aufhören.

Die Landwirtschaft muss arbeiten. Die Frühjahrssaatzeit naht heran. Der Landwirt braucht auf das dringendste Stoffstoff zum Düngen. Der Stoffstoff wird aus Kohle, Wasser, Luft und Kost als Kartoffeln hergestellt. Wasser und Luft sind genug da, denn die freie Natur kennt keinen Streit. Da uns aber die Kohle fehlt, kann kein Stoffstoff erzeugt werden. Die Landwirtschaft kann also ihre Felder nicht düngen und die verhängnisvollen Folgen werden sich bei der diesjährigen Ernte zeigen. In den ländlichen Brennereien lagernde Mengen erstickter Kartoffeln. Erstickt sind sie, weil die Erzeugungen der Landwirtschaft plötzlich genommen wurden und kein Platz für sie war und auch heute noch nicht da ist. Aus erstickten Kartoffeln wird Spiritus bereitet, dazu braucht man aber Kohle. Kohle ist nicht da, folglich kann auch kein Spiritus erzeugt werden. Die Wirtschaft braucht Spiritus dringend zu gewerblichen und zu Beleuchtungszwecken. Man wird erwidern, wenn sie keinen Spiritus hat, muß sie das zeitgemäße Karbid gut Beleuchtung einführen. Dieser Auweg ist sehr schön, wenn nur eben das Karbid nicht auch nur dann hergestellt werden könnte, wenn Kohlen da sind. Es gibt also weiter Spiritus noch Karbid, und darunter leidet in erster Linie die für die Wissenschaft so wichtige Wissenschaft.

Kohle ist zwar, wie alle wissen, genug da. Sie steht aber in den Bergwerken, und die Arbeiter, die bislang seit Generationen den Bergarbeiterberuf ausübten und gerade für diese Arbeit gut geeignet sind, sind leider nicht davon zu überzeugen, daß es jetzt die dringendste Forderung ist, mit aller Macht Kohle zu fördern. Die Folge wird sein, daß unser ganzes Volk in die Gefahr gerät, tatsächlich elend zugrunde zu gehen, nur weil nicht Kohle genug gefördert wird.

So liegen die Dinge in Wirklichkeit, und plötzlich wird auch den Unbekündigen klar werden, wie in der Volkswirtschaft eins ins andere greift, wie eins mit dem anderen verbunden ist und nicht ohne Gefahr für das Ganze gelöst werden kann. Die Kohle ist ein so wichtiges Glied des Ganzen, daß, wenn es aus der Wirtschaft herausfällt, das Ganze zusammenbrechen muß. Es gibt deshalb keine dringlichere Forderung als die: schafft Kohle!

Was hier über die wirtschaftliche Bedeutung der Kohle gesagt wird, ist vollständig richtig. Über den Kohlenmangel haben wir in voriger Nummer die Feststellungen des Gewerkschaftlichen Nachrichtendienstes gebracht, auf die wir nochmals beziehbar hinspielen. Ob das, was dort in bezug auf die rheinisch-westfälischen Bergarbeiter gesagt wird, auch auf die übrigen hinzutreffen, wäre erst noch festzustellen.

Die Hungersterblichkeit

Die Berichte Deutschlands an im Kriege gefallenen Männer werden jetzt amtlich mit 1.600.000 angegeben, wozu noch der größte Teil der 200.000 Vermissten kommt. Aber damit ist die Zahl der Kriegsopfer an Menschenleben noch nicht vollständig, denn bis zum

dritten Kriegsjahr 1918 fielen in der Kriegszeit rund 800.000 Zivilpersonen mehr als in den letzten 50 Friedensmonaten. Diese Übersterblichkeit verteilt sich aber nicht auf den ganzen Zeitraum vom August 1914 bis zum September 1918, sondern sie fällt nahezu ganz in die Jahre 1917 und 1918, in die Zeit der Kriegshungernot, deren Verlauf freilich bis zum Kriegsende gelungen wurde; ja es wurde amlich behauptet, daß es dem deutschen Volke ganz gut geht. So sagte Prof. Dr. R. Kubner vor kurzem in einer Sitzung der Vereinigten östlichen Gesellschaften in Berlin: „Wenn man den zentrierten Prognosagen von damals halte glauben darf, wäre es mit der Gesundheit aufs beste bestellt gewesen. Nun beglückwünsche ich persönlich zum Kriegsergebnisbericht, sprach von einer Abnahme der Hungersterblichkeit, weil die Volksliste aufgeholt habe; seit dem Kriegsbeginn sollt auch die Gicht wie weggeschlagen sein und was der gleiche Tugend mehr tun.“ Doch zeigte schon im Jahre 1917 eine eindrückliche Umfrage, die hinter geschlosseneren Türen stattfand, daß infolge der Kriegsnot die Sterblichkeit nach stieg, daß Leber (Austreibungen unserer Organe), Lungenerkrankungen, Abmagerung und Schämie auszu griffen. Die Berichte von Anstaltsärzten beobachten, daß die Anstaltsärzten alles erreicht haben, um den Fleischmangel nicht auch die Gicht wie weggeschlagen sein und was der gleiche Tugend mehr tun.“ Doch zeigte schon im Jahre 1917 eine eindrückliche Umfrage, die hinter geschlosseneren Türen stattfand, daß infolge der Kriegsnot die Sterblichkeit nach stieg, daß Leber (Austreibungen unserer Organe), Lungenerkrankungen, Abmagerung und Schämie auszu griffen. Die Berichte von Anstaltsärzten beobachten, daß die Anstaltsärzten alles erreicht haben, um den Fleischmangel nicht auch die Gicht wie weggeschlagen sein und was der gleiche Tugend mehr tun.“ Doch zeigte schon im Jahre 1917 eine eindrückliche Umfrage, die hinter geschlosseneren Türen stattfand, daß infolge der Kriegsnot die Sterblichkeit nach stieg, daß Leber (Austreibungen unserer Organe), Lungenerkrankungen, Abmagerung und Schämie auszu griffen. Die Berichte von Anstaltsärzten beobachten, daß die Anstaltsärzten alles erreicht haben, um den Fleischmangel nicht auch die Gicht wie weggeschlagen sein und was der gleiche Tugend mehr tun.“ Doch zeigte schon im Jahre 1917 eine eindrückliche Umfrage, die hinter geschlosseneren Türen stattfand, daß infolge der Kriegsnot die Sterblichkeit nach stieg, daß Leber (Austreibungen unserer Organe), Lungenerkrankungen, Abmagerung und Schämie auszu griffen. Die Berichte von Anstaltsärzten beobachten, daß die Anstaltsärzten alles erreicht haben, um den Fleischmangel nicht auch die Gicht wie weggeschlagen sein und was der gleiche Tugend mehr tun.“ Doch zeigte schon im Jahre 1917 eine eindrückliche Umfrage, die hinter geschlosseneren Türen stattfand, daß infolge der Kriegsnot die Sterblichkeit nach stieg, daß Leber (Austreibungen unserer Organe), Lungenerkrankungen, Abmagerung und Schämie auszu griffen. Die Berichte von Anstaltsärzten beobachten, daß die Anstaltsärzten alles erreicht haben, um den Fleischmangel nicht auch die Gicht wie weggeschlagen sein und was der gleiche Tugend mehr tun.“ Doch zeigte schon im Jahre 1917 eine eindrückliche Umfrage, die hinter geschlosseneren Türen stattfand, daß infolge der Kriegsnot die Sterblichkeit nach stieg, daß Leber (Austreibungen unserer Organe), Lungenerkrankungen, Abmagerung und Schämie auszu griffen. Die Berichte von Anstaltsärzten beobachten, daß die Anstaltsärzten alles erreicht haben, um den Fleischmangel nicht auch die Gicht wie weggeschlagen sein und was der gleiche Tugend mehr tun.“ Doch zeigte schon im Jahre 1917 eine eindrückliche Umfrage, die hinter geschlosseneren Türen stattfand, daß infolge der Kriegsnot die Sterblichkeit nach stieg, daß Leber (Austreibungen unserer Organe), Lungenerkrankungen, Abmagerung und Schämie auszu griffen. Die Berichte von Anstaltsärzten beobachten, daß die Anstaltsärzten alles erreicht haben, um den Fleischmangel nicht auch die Gicht wie weggeschlagen sein und was der gleiche Tugend mehr tun.“ Doch zeigte schon im Jahre 1917 eine eindrückliche Umfrage, die hinter geschlosseneren Türen stattfand, daß infolge der Kriegsnot die Sterblichkeit nach stieg, daß Leber (Austreibungen unserer Organe), Lungenerkrankungen, Abmagerung und Schämie auszu griffen. Die Berichte von Anstaltsärzten beobachten, daß die Anstaltsärzten alles erreicht haben, um den Fleischmangel nicht auch die Gicht wie weggeschlagen sein und was der gleiche Tugend mehr tun.“ Doch zeigte schon im Jahre 1917 eine eindrückliche Umfrage, die hinter geschlosseneren Türen stattfand, daß infolge der Kriegsnot die Sterblichkeit nach stieg, daß Leber (Austreibungen unserer Organe), Lungenerkrankungen, Abmagerung und Schämie auszu griffen. Die Berichte von Anstaltsärzten beobachten, daß die Anstaltsärzten alles erreicht haben, um den Fleischmangel nicht auch die Gicht wie weggeschlagen sein und was der gleiche Tugend mehr tun.“ Doch zeigte schon im Jahre 1917 eine eindrückliche Umfrage, die hinter geschlosseneren Türen stattfand, daß infolge der Kriegsnot die Sterblichkeit nach stieg, daß Leber (Austreibungen unserer Organe), Lungenerkrankungen, Abmagerung und Schämie auszu griffen. Die Berichte von Anstaltsärzten beobachten, daß die Anstaltsärzten alles erreicht haben, um den Fleischmangel nicht auch die Gicht wie weggeschlagen sein und was der gleiche Tugend mehr tun.“ Doch zeigte schon im Jahre 1917 eine eindrückliche Umfrage, die hinter geschlosseneren Türen stattfand, daß infolge der Kriegsnot die Sterblichkeit nach stieg, daß Leber (Austreibungen unserer Organe), Lungenerkrankungen, Abmagerung und Schämie auszu griffen. Die Berichte von Anstaltsärzten beobachten, daß die Anstaltsärzten alles erreicht haben, um den Fleischmangel nicht auch die Gicht wie weggeschlagen sein und was der gleiche Tugend mehr tun.“ Doch zeigte schon im Jahre 1917 eine eindrückliche Umfrage, die hinter geschlosseneren Türen stattfand, daß infolge der Kriegsnot die Sterblichkeit nach stieg, daß Leber (Austreibungen unserer Organe), Lungenerkrankungen, Abmagerung und Schämie auszu griffen. Die Berichte von Anstaltsärzten beobachten, daß die Anstaltsärzten alles erreicht haben, um den Fleischmangel nicht auch die Gicht wie weggeschlagen sein und was der gleiche Tugend mehr tun.“ Doch zeigte schon im Jahre 1917 eine eindrückliche Umfrage, die hinter geschlosseneren Türen stattfand, daß infolge der Kriegsnot die Sterblichkeit nach stieg, daß Leber (Austreibungen unserer Organe), Lungenerkrankungen, Abmagerung und Schämie auszu griffen. Die Berichte von Anstaltsärzten beobachten, daß die Anstaltsärzten alles erreicht haben, um den Fleischmangel nicht auch die Gicht wie weggeschlagen sein und was der gleiche Tugend mehr tun.“ Doch zeigte schon im Jahre 1917 eine eindrückliche Umfrage, die hinter geschlosseneren Türen stattfand, daß infolge der Kriegsnot die Sterblichkeit nach stieg, daß Leber (Austreibungen unserer Organe), Lungenerkrankungen, Abmagerung und Schämie auszu griffen. Die Berichte von Anstaltsärzten beobachten, daß die Anstaltsärzten alles erreicht haben, um den Fleischmangel nicht auch die Gicht wie weggeschlagen sein und was der gleiche Tugend mehr tun.“ Doch zeigte schon im Jahre 1917 eine eindrückliche Umfrage, die hinter geschlosseneren Türen stattfand, daß infolge der Kriegsnot die Sterblichkeit nach stieg, daß Leber (Austreibungen unserer Organe), Lungenerkrankungen, Abmagerung und Schämie auszu griffen. Die Berichte von Anstaltsärzten beobachten, daß die Anstaltsärzten alles erreicht haben, um den Fleischmangel nicht auch die Gicht wie weggeschlagen sein und was der gleiche Tugend mehr tun.“ Doch zeigte schon im Jahre 1917 eine eindrückliche Umfrage, die hinter geschlosseneren Türen stattfand, daß infolge der Kriegsnot die Sterblichkeit nach stieg, daß Leber (Austreibungen unserer Organe), Lungenerkrankungen, Abmagerung und Schämie auszu griffen. Die Berichte von Anstaltsärzten beobachten, daß die Anstaltsärzten alles erreicht haben, um den Fleischmangel nicht auch die Gicht wie weggeschlagen sein und was der gleiche Tugend mehr tun.“ Doch zeigte schon im Jahre 1917 eine eindrückliche Umfrage, die hinter geschlosseneren Türen stattfand, daß infolge der Kriegsnot die Sterblichkeit nach stieg, daß Leber (Austreibungen unserer Organe), Lungenerkrankungen, Abmagerung und Schämie auszu griffen. Die Berichte von Anstaltsärzten beobachten, daß die Anstaltsärzten alles erreicht haben, um den Fleischmangel nicht auch die Gicht wie weggeschlagen sein und was der gleiche Tugend mehr tun.“ Doch zeigte schon im Jahre 1917 eine eindrückliche Umfrage, die hinter geschlosseneren Türen stattfand, daß infolge der Kriegsnot die Sterblichkeit nach stieg, daß Leber (Austreibungen unserer Organe), Lungenerkrankungen, Abmagerung und Schämie auszu griffen. Die Berichte von Anstaltsärzten beobachten, daß die Anstaltsärzten alles erreicht haben, um den Fleischmangel nicht auch die Gicht wie weggeschlagen sein und was der gleiche Tugend mehr tun.“ Doch zeigte schon im Jahre 1917 eine eindrückliche Umfrage, die hinter geschlosseneren Türen stattfand, daß infolge der Kriegsnot die Sterblichkeit nach stieg, daß Leber (Austreibungen unserer Organe), Lungenerkrankungen, Abmagerung und Schämie auszu griffen. Die Berichte von Anstaltsärzten beobachten, daß die Anstaltsärzten alles erreicht haben, um den Fleischmangel nicht auch die Gicht wie weggeschlagen sein und was der gleiche Tugend mehr tun.“ Doch zeigte schon im Jahre 1917 eine eindrückliche Umfrage, die hinter geschlosseneren Türen stattfand, daß infolge der Kriegsnot die Sterblichkeit nach stieg, daß Leber (Austreibungen unserer Organe), Lungenerkrankungen, Abmagerung und Schämie auszu griffen. Die Berichte von Anstaltsärzten beobachten, daß die Anstaltsärzten alles erreicht haben, um den Fleischmangel nicht auch die Gicht wie weggeschlagen sein und was der gleiche Tugend mehr tun.“ Doch zeigte schon im Jahre 1917 eine eindrückliche Umfrage, die hinter geschlosseneren Türen stattfand, daß infolge der Kriegsnot die Sterblichkeit nach stieg, daß Leber (Austreibungen unserer Organe), Lungenerkrankungen, Abmagerung und Schämie auszu griffen. Die Berichte von Anstaltsärzten beobachten, daß die Anstaltsärzten alles erreicht haben, um den Fleischmangel nicht auch die Gicht wie weggeschlagen sein und was der gleiche Tugend mehr tun.“ Doch zeigte schon im Jahre 1917 eine eindrückliche Umfrage, die hinter geschlosseneren Türen stattfand, daß infolge der Kriegsnot die Sterblichkeit nach stieg, daß Leber (Austreibungen unserer Organe), Lungenerkrankungen, Abmagerung und Schämie auszu griffen. Die Berichte von Anstaltsärzten beobachten, daß die Anstaltsärzten alles erreicht haben, um den Fleischmangel nicht auch die Gicht wie weggeschlagen sein und was der gleiche Tugend mehr tun.“ Doch zeigte schon im Jahre 1917 eine eindrückliche Umfrage, die hinter geschlosseneren Türen stattfand, daß infolge der Kriegsnot die Sterblichkeit nach stieg, daß Leber (Austreibungen unserer Organe), Lungenerkrankungen, Abmagerung und Schämie auszu griffen. Die Berichte von Anstaltsärzten beobachten, daß die Anstaltsärzten alles erreicht haben, um den Fleischmangel nicht auch die Gicht wie weggeschlagen sein und was der gleiche Tugend mehr tun.“ Doch zeigte schon im Jahre 1917 eine eindrückliche Umfrage, die hinter geschlosseneren Türen stattfand, daß infolge der Kriegsnot die Sterblichkeit nach stieg, daß Leber (Austreibungen unserer Organe), Lungenerkrankungen, Abmagerung und Schämie auszu griffen. Die Berichte von Anstaltsärzten beobachten, daß die Anstaltsärzten alles erreicht haben, um den Fleischmangel nicht auch die Gicht wie weggeschlagen sein und was der gleiche Tugend mehr tun.“ Doch zeigte schon im Jahre 1917 eine eindrückliche Umfrage, die hinter geschlosseneren Türen stattfand, daß infolge der Kriegsnot die Sterblichkeit nach stieg, daß Leber (Austreibungen unserer Organe), Lungenerkrankungen, Abmagerung und Schämie auszu griffen. Die Berichte von Anstaltsärzten beobachten, daß die Anstaltsärzten alles erreicht haben, um den Fleischmangel nicht auch die Gicht wie weggeschlagen sein und was der gleiche Tugend mehr tun.“ Doch zeigte schon im Jahre 1917 eine eindrückliche Umfrage, die hinter geschlosseneren Türen stattfand, daß infolge der Kriegsnot die Sterblichkeit nach stieg, daß Leber (Austreibungen unserer Organe), Lungenerkrankungen, Abmagerung und Schämie auszu griffen. Die Berichte von Anstaltsärzten beobachten, daß die Anstaltsärzten alles erreicht haben, um den Fleischmangel nicht auch die Gicht wie weggeschlagen sein und was der gleiche Tugend mehr tun.“ Doch zeigte schon im Jahre 1917 eine eindrückliche Umfrage, die hinter geschlosseneren Türen stattfand, daß infolge der Kriegsnot die Sterblichkeit nach stieg, daß Leber (Austreibungen unserer Organe), Lungenerkrankungen, Abmagerung und Schämie auszu griffen. Die Berichte von Anstaltsärzten beobachten, daß die Anstaltsärzten alles erreicht haben, um den Fleischmangel nicht auch die Gicht wie weggeschlagen sein und was der gleiche Tugend mehr tun.“ Doch zeigte schon im Jahre 1917 eine eindrückliche Umfrage, die hinter geschlosseneren Türen stattfand, daß infolge der Kriegsnot die Sterblichkeit nach stieg, daß Leber (Austreibungen unserer Organe), Lungenerkrankungen, Abmagerung und Schämie auszu griffen. Die Berichte von Anstalts

(Tabellen usw.) für Verbandszwecke anfertigen und in der sonstigen Korrespondenz bewandert sowie agitatorisch tätig sein. bevorzugt werden Kollegen, die maschinen schreiben können. Die Bewerber müssen seit längerer Zeit organisiert sein. Die Befordlung erfolgt nach den Beschlüssen der Generalversammlungen in Breslau und Köln. Die Bewerbungen sind bis zum 10. März zu richten an den Bezirksleiter Hermann Rohrlack, Stettin, Vornerstraße 5.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 8 des Verbandsstatus folgenden Verwaltungen in der angegebenen Höhe genehmigt:

| Verwaltung | Für die Mitglieder der Beitragsklasse: | | | Beginn der Beitrags erhöhung möglichst |
|------------------------|--|----|-----|--|
| | I | II | III | |
| Altötting | 10 | 5 | 5 | 9. Beitragswoche. |
| Burgkhausen | 10 | 5 | 5 | 9. |
| Gauer | 5 | 5 | 5 | 10. |
| Großhoe | 10 | — | 5 | 14. |
| Kreuzmünster | 30 | — | — | 1. März |
| Wallau | 15 | — | — | 9. Beitragswoche. |
| Waldrode | 10 | — | 10 | 14. |

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Für nicht wieder aufnahmefähig wird erklärt:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Dresden:
Der Schleifer Max Förster, geb. am 10. Oktober 1869 zu Biedlich, Buch-Nr. 2,688199, gemäß § 22 Abs. 1c des Status.

Alle für den Verbandsvorstand bestimmten Sendungen sind zu richten: An den Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Röderstraße 16, 1.

Geldsendungen, die nicht auf das Postcheckkonto 6803, Postscheckamt Stuttgart, sondern durch Postanweisung erfolgen, sind nur zu richten an: Theodor Werner, Stuttgart, Röderstraße 16, 1.

Bei allen Geldsendungen, sei es mit Zahlscheine oder Postanweisung, genügt nicht der Stempel der Verwaltungsstelle als Absender, sondern es müssen Name, Wohnort, Straße und Hausnummer des Absenders auf der Borderrückseite des Abschnitts angegeben werden, während auf seiner Rückseite genau zu vermerken ist, wofür das Geld verbucht werden soll.

Bei Geldsendungen an örtliche Verwaltungen ist stets der Name des Kassierers oder Bevollmächtigten anzugeben.

Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

Zur Beachtung! • Zugang ist fernzuhalten:

von Klempnern nach Stolp in Pommern (Streik).

Alle Mitteilungen über Differenzen, die zur Sperrung eines Orts oder einzelner Betriebe führen sollen, sind an den Vorstand zu richten. Anträge auf Verhängung von Sperrten müssen von den Ortsverwaltungen eingereicht werden und ausreichend begründet sein.

Berichte

Metallarbeiter.

Eiserwerbe. Der Deutsche Metallarbeiter-Verband hat auch hier gute Fortschritte gemacht. Die Mitgliederzahl der Verwaltungsstelle hat sich in den letzten Monaten mehr als verdoppelt, gegen 1914, wo wir 287 Mitglieder hatten, fast verdreifacht. Auch die Arbeitsbedingungen wurden verbessert. Zwischen dem Fabrikantenverein und dem Deutschen Metallarbeiter-Verband ist ein kollektiver Arbeitsvertrag abgeschlossen worden. Darin sind die Mindestlöhne festgesetzt, die an die verschiedenen Berufsangehörigen zu zahlen sind. In der Arbeiterschaft von Eiserwerba und Umgebung liegt es nun, darüber zu machen, daß der Vertrag auch von den Herren Unternehmern eingehalten wird. In Betracht kommen nur die Betriebe der Metallindustrie von Eiserwerba und Umgebung. Wenn auch nicht alles, was wir gefordert hatten, erreicht worden ist, so ist doch immerhin ein Fortschritt zu verzeichnen. Es ist nun unbedingt nötig, daß die Kollegen für die weitere Ausbreitung des Verbandes Sorge tragen und die Mitgliederversammlungen immer gut besucht werden. Dort ist die Stelle, wo wir alles beprochen können.

Konstantinopel. Die Kollegen von den Werken Riel, Friedrichsort, Wilhelmshaven und Danzig, welche in Konstantinopel während der Kriegszeit 1914 bis 1918 beschäftigt waren, werden gebeten, ihre jeweiligen Adressen zwecks Regelung sämtlicher Forderungen bis zum 26. Februar 1919 anzugeben, da die Abwicklungen in Riel stattfinden. Adressen sind zu richten an A. Starke, Riel-Gaarden, Sachmannstraße 12.

Merseburg. Am 2. Februar d. J. fand die Generalversammlung unserer Verwaltungsstelle statt. Der Geschäftsführer Kollege Krüger gab den Tätigkeitsbericht. Er behandelte die einzelnen Lohnbewegungen und die Tätigkeit der Organisation während der Umwälzung. Daß die Tätigkeit der Ortsverwaltung eine sehr umfangreiche war, geht aus der Zahl der Mitglieder hervor. Anfang 1918 hatte die Verwaltungsstelle 557 Mitglieder, am Ende des Jahres 2711, und jetzt sogar 3967 Mitglieder. Durch die dadurch ungeheuer gesteigerte Arbeit wurde der Kollege Friedemann, der während des Krieges die Kassen geschäfte dauernd ehrenamtlich geführt hatte, als Aufsicht im Bureau beschäftigt und weiter mit den Haftengeschäften betraut. Krüger rief dann noch weiter auf die Schwierigkeiten in der Materialbeschaffung hin, sodass mancher Kollege merken mußte, daß er zu Unrecht unzufrieden gewesen ist. Auch für die Zukunft steht natürlich gewaltige Arbeit bevor, denn die neu gewonnenen Mitglieder müssen erste ergozen werden, da sie bisher jeder gewerkschaftlichen Erziehung ferngestanden haben, was sich ja auch in den von diesen Kollegen mitunter gestellten Forderungen an die Organisation zeigt. Die Versammlung war einmütig mit der Gesamtführung einverstanden, was auch in der Aussprache zum Ausdruck kam. Hieraus erhielten Krüger man den Kassenbericht, der auch bei der Volksliste eine erfreuliche Annahme zu verzeichnen hatte. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassier Entlastung erteilt. Kollege Krüger gab dann den Bericht aus dem Gewerkschaftskartell, der wesentliche und wichtige Momente nicht bot, da die Tätigkeit des Kartells leider nicht die gewesen ist, die sie hätte sein sollen. Zu der Aussprache wurde darauf hingewiesen, in Zukunft bei der Wahl des Kartellsbesitzers besonders auf brauchbare Leute zu achten. Sodann fanden die Wahlen für die Ortsverwaltung und das Kartell statt. Im nächsten Punkt begründete Krüger die Ansicht eines weiteren Geschäftsführers; der Antrag, den die Ortsverwaltung gejagt hatte, wurde einstimmig angenommen mit der Begründung, daß Kollege Friedemann die Haftengeschäfte bis dahin weiter verwalten soll. Der Geschäftsführer schloß die Versammlung mit dem Wunsche, rege Ausklärungsarbeit zu leisten unter den neu gewonnenen Kollegen, damit auch der Arbeiterschaft die Erkundungen der letzten Zeit erhalten bleiben und noch weiter ausgebaut werden können.

Schlesien. In der Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes am Sonntag dem 9. Februar erhielten Kollege Poppe den Vortrag über den Kohleschiff. Redner schilderte die politischen Verhältnisse und ihren Einfluss auf den Wirtschaftsmarkt im verflossenen Jahre. Rüstungsindustrie und Landwirtschaft bereicherten sich in unerhörter Weise an der Not des Volkes. Nur durch erhöhte Arbeitsbedingungen konnte ein Ausgleich geschaffen werden gegenüber den veränderten Lebensbedingungen. Der Schrei des Bürgertums über zu hohe Arbeitslöhne wäre nur die Taktik, die Ausmetamorphose von sich

abzulenken. Hierzu könne von zu hohen Arbeitslöhnen nicht die Rede sein. Im vergangenen Jahre waren hier große gewerkschaftliche Erfolge zu buchen. In vielen Lohnbewegungen sind nemenswerte Verbesserungen erzielt worden. Die Resolution stellte an die Arbeitskraft der Ortsverwaltung kaum zu bewältigende Anforderungen. Der Mitgliederbestand hat sich mehr als verdoppelt und gegenwärtig die Zahl 1700 überschritten. Die Kassenbestände haben sich trotz der großen Ausgaben für Unterstützungen u. dgl. außerordentlich günstig entwickelt. Der Verwaltungsrat bildet mit größerer Hoffnung in die Zukunft als vor einigen Monaten, versenkt jedoch nicht die außerordentlich schwierige Lage der Gewerkschaft. Mit einem Appell an den Einigkeitsgedanken und an vernünftige und ruhige Gewerkschaftsarbeit schloß der Redner den sehr befähig aufgenommenen Bericht. Über die letzten vier Kartellversammlungen berichtete Kollege Lang. Erwähnenswert darauß war der Antrag des Kartellvorstandes, hier einen Arbeiterselbstrat anzustellen, um den Anforderungen gerecht werden zu können. Der Antrag mußte leider zurückgestellt werden. Die Auskunftserteilung ist nedenamtlich dem Kollegen Friese übertragen worden. Über Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband über Festsetzung von Mindestlöhnen berichtete Kollege Krüger. Es sind auch hierbei wesentliche Erfolge erzielt worden. Bedeuten doch die Mindestlöhne in einigen Betrieben, wie beispielweise im Weltrod, eine Verdienstförderung von monatlich 12 bis 14 M. Es wurden folgende Sätze vereinbart: Für Dreher, Schlosser, Schmiede, Klempner, Modeltschläger, Turner unter 20 Jahren 1,10 M., über 20 Jahre 1,45 M., Werkzeugmacher und Kupferschmiede unter 20 Jahren 1,20 M., über 20 Jahre 1,55 M., Schleifer unter 20 Jahren 1 M., über 20 Jahre 1,35 M., Schmiedezuschläger 1,20 M., Maschinenvorarbeiter und Ofenarbeiter 1,37 M., Gußputzer 1,35 M., Kernmacher 1,25 M., Giebereihilfsarbeiter 1,17 M., angelernte Maschinenarbeiter von 18 bis 20 Jahren 1 M., über 20 Jahre 1,22 M., Hilfsarbeiter von 18 bis 20 Jahren 95 M., über 20 Jahre 1,12 M., jugendliche Arbeiter von 14 bis 16 Jahren 35 bis 65 M., von 16 bis 18 Jahren 65 bis 75 M., weibliche Arbeiter der Leichtmetall- und Kleinmunitionsbranche von 14 bis 16 Jahren 35 bis 45 M., von 16 bis 18 Jahren 45 bis 55 M., über 18 Jahre 60 bis 70 M., Schweißerinnen unter 20 Jahren 70 M., über 20 Jahre 80 M. — Kollege Schröder forderte die Kollegen auf, beim Verlassen der Arbeitsergüte auf dem biegsigen Bahnhof mit für Ordnung zu sorgen.

Rundschau

Aus den Unternehmerverbänden.

Reichsverband der deutschen Industrie. Der Zentralverband deutscher Industrieller und der Bund der Industriellen haben sich am 4. Februar in Jena zu einem Reichsverband der deutschen Industrie zusammengetragen. Nachdem dies als erster Punkt der Tagesordnung erledigt war, beschäftigte man sich, wie die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung (Nr. 6) berichtet, mit der "Arbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Unternehmern Deutschlands". Kommerzienrat Groves in als Berichterstatthalter betonte unter anderem, daß alle Unternehmer von der Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit den Arbeitern durchdrungen seien. Wie mit den Sätzen der Arbeitsgemeinschaft hätten die wirtschaftlichen Verbände sich nicht einander erklären können, weil darin Bestimmungen enthalten seien, die der Arbeitsgemeinschaft neben ihren sonstigen, ihr durchaus gemäßen Ausgaben eine Tätigkeit zuweisen wollen, für die die natürlichen Voraussetzungen und Zusammenhänge fehlten. Nachdem sich aber ergeben habe, daß die Sätzeungen nur vorläufig sein sollten und daß der Aufbau der Arbeitsgemeinschaft vorbehalten sei, hätten sich die wirtschaftlichen Verbände mit den Grundlagen des Abkommen vom 4. Dezember einverstanden erklären können. Es erfolgte dann eine längere Aussprache, die trotz einzelner Bedenken und Besorgnisse Uebereinstimmung darin ergab, daß die Arbeitsgemeinschaft als notwendiger Bestandteil der Übergangs- und Friedenswirtschaft erhalten werden müsse. Weiter wurde bestimmt, daß die Arbeitsgemeinschaft, die jetzt aufgebaut werden soll, unmöglich die Behandlung wirtschaftlicher Dinge für sich in Anspruch nehmen könne, die seit Jahrzehnten bei den Fachverbänden gelogen und sich dank deren Sachkenntnis und Erfahrung durchaus bewährt habe. (Das ist unseres Wissens auch nicht beabsichtigt. Siehe Metallarbeiter-Zeitung Nr. 3, Schriftleitung der Metallarbeiter-Zeitung.) Auch im übrigen zeigt der Bericht der Arbeitgeber-Zeitung eine größere Einigkeit der Unternehmer, mit den Gewerkschaften in Verbindung zu treten, als früher. Es würde ferner „als wünschenswert“ bezeichnet, daß die Gewerkschaften in die Lage kommen, für die Einhaltung ihrer Beschlüsse einzuhören zu können. Schließlich wurde folgende Rundgebung angenommen:

Die nunmehr zum Reichsverband der deutschen Industrie vereinigten Fach- und Landesverbände sind davon durchdrungen, daß die Niederauftrichtung unserer Wirtschaftsforschung die Zusammensetzung aller Kräfte unseres Wirtschaftslebens verlangt, und begründen daher die Zusammenarbeit mit den Arbeitnehmern an der Lösung wirtschaftlicher und sozialer Fragen. Sie anerkannten den Grundgedanken der Arbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitnehmer und Arbeitgeber Deutschlands, bei deren Aufbau auf Seiten der Unternehmer zur Behandlung wirtschaftlicher Fragen, die im Reichsverband sowie in den verbündeten industriellen Landes- und Fachverbänden sowie Fachgruppen und zur Verhandlung sozialer Fragen die bestehenden Arbeitgeberverbände die Grundlage bilden müssen.

Eine Versammlung der wirtschaftlichen und der Arbeitgeberverbände ist anzustreben.

Nach Erledigung der Tagesordnung beschloß die Versammlung noch eine Erklärung, die sich dagegen wendet, daß die Entente in den von ihr besetzten Teilen Deutschlands einschließlich Elsaß-Lothringen zahlreiche Verhaftungen von Leitern und Angestellten industrieller Firmen veranlaßt habe unter dem Vorwande, die Verfeindenden hätten sich mit dem durch Vermittlung der Heeresverwaltung und der Reichsleitung erlangter Gewalt von Maschinen, industriellen Anlagen und Rohstoffen der schweren Hohlgerei schuldig gemacht. Es handelt sich hier um einen Rechtsbruch, da nach dem Waffenstillstandsvertrage wegen Kriegshandlungen, die vor Abschluß des Vertrages begangen wurden, völkerstrafrechtlich gesichert worden sei.

Preiserhöhung in der Eisenindustrie.

Eine ungewöhnliche Preiserhöhung richten die Verbände der Eisenindustrie aus, und zwar sind die Preise um 100 M für die Tonne erhöht worden. Das Berliner Tageblatt bringt folgende Tabelle:

| In Mark betragen die Preise der Tonne für | Blöcke | Knüppel | Träger | Stahlseisen |
|---|--------|---------|--------|-------------|
| August 1914 | 82,50 | 95,— | 110,— | 93,50 |
| Anfang 1916 | 102,50 | 115,— | 130,— | 150,— |
| Herbst 1916 | 127,50 | 142,50 | 160,— | 190,— |
| Ende 1918 | 187,50 | 202,50 | 220,— | 235,— |
| Anfang 1919 | 285,— | 300,— | 320,— | 335,— |
| März 1919 | 385,— | 400,— | 420,— | 435,— |

Das Berliner Tageblatt bemerkt dazu: „Danach stellen sich die Preise für die wichtigsten Erzeugnisse der Stahlindustrie in Zukunft auf das Niveau der Rotierungen, die bei Aktienausbruch in Geltung waren, und was die Situation in ein noch grölteres Licht setzt, die Preise für die großen Konsumartikel des Eisengewerbes werden vom 1. März an gerade doppelt so hoch sein wie vor acht Wochen. Wenn in Friedenszeiten die Preise für solche Erzeugnisse nur um 5 M die Tonne steigen, so wehet sich die Verbraucherseite

dagegen mit Händen und Fäulen. Noch wochenlang erhielt die Tagespresse Busschlägen, in denen gegen solche Preiserhöhungen aus industriellen Kreisen, wie zum Beispiel seitens der reinen Walzwerke als auch aus anderen Verbraucherschichten, wie zum Beispiel seitens des Baugewerbes, auf das energischste protestiert wurde. Heute sieht man die Kreise in einem Augenblick um 100 M die Tonne, also den zwanzigfachen Satz, in die Höhe. Man spricht davon, daß sich selbst bei den neuerlichen Preiserhöhungen die Selbstlosen der Welt, bei weltem nicht erschrecken lassen. Und will es dagegen scheinen, als ob man mit solchen Argumenten noch den Weg weitergehen möchte, den man in den vergangenen Kriegsjahren eingeschlagen hat, in denen man die Preiserhöhungen gleichfalls noch regelmäßig in der Industrie als unumgänglich notwendig bezeichnete, hinten nach aber mit Jahresabschlüssen aufzuhalten konnte, die zeigten, daß man stark übertrieben haben mußte. Es ist die höchste Zeit, daß man nun endlich diesen verhängnisvollen Weg verläßt. Denn, wozu würde es führen? Werden nicht bald wieder andre Zweige unserer Montanindustrie kommen und unter Hinweis auf die außerordentlichen Preiserhöhungen, die der Stahlwerksverband in den letzten sechs Wochen beschlossen, ihrerseits mit Preiserhöhungen herauftreten? Vielleicht werden schon die nächsten Tage solche Meldepungen bringen. Daß kommt, daß die starke Erhöhung der Trägerpreise gerade im Augenblick vor Beginn des Frühjahrs der Entwicklung eines anderen Großgewerbes ohne Zweifel empfindlich abrücken wird, auf das man allgemein Hoffnungen auf Unterbindung der Arbeitslosigkeit setzt, nämlich das Bauwesen. Wenn man bedenkt, welche großen Massen von Eisen- und Stahlzeugnissen selbst der Bau von einem modernen Wohnhaus, geschweige denn der Bau von Fabriken oder anderen Anlagen verschlingt, so liegt es auf der Hand, daß die Bauunternehmer und die sonstigen Bauauftragne mit Sägen fasseln müssen, die wohl manchen davon abhalten dürften, seine Projekte gerade in diesen Tagen zu verwirklichen. Man mag schließlich zugeben, daß die derzeitigen Kreise, wenn sie überhaupt nicht erhöht würden, verlustbringend sind. Aber ist es nicht besser, daß man sich jetzt mit einem leichten Aufschlag begnügt und schiede Lage, die man doch auch in früheren Epochen überstanden hat, eine Belastung mit in den Kauf nimmt, als daß man durch zu hohe Preisforderungen Konsum und Produktion beeinträchtigt und damit letzten Endes Zeiten austreift, in denen dann tatsächlich das eintrefft, was man nach dem Kommuniqué befürchtet: Retümendigkeit des Eigentümers der Betriebe, Verlust des gesamten Vermögens.“

Die Gewerken, die rücksichtlos solche Preiserhöhungen vornehmen, brauchen sich wirklich nicht darüber zu wundern, wenn die Arbeiter mit immer neuen Lohnforderungen kommen. Es scheint gerade so, als wenn die Herren dem deutschen Volke recht klar vor Augen führen wollten, wie bedeutlich es für das deutsche Volk ist, auch weiterhin eine so wichtige Industrie, wie die Eisenindustrie, in privatkapitalistischen Händen zu lassen. jedenfalls ist die Frage aufzutragen: Muß denn die Regierung die Eisengewaltigen so beliebig schaffen und walten lassen? Ist es hier nicht möglich, daß eingegriffen wird, um solch gemeinschaftlicher Preiselbereich Schranken zu setzen?

Zur Ernährungsfrage.

Zu der ersten Woche des Februar stand in Berlin eine Konferenz statt, wo der Staatssekretär des Reichsnährungsamtes Genosse Burm (U. S. P.) den Stand der Ernährung darlegte. Danach sind die Herze und die Statistiker sich schon lange darüber darüber, daß die Sterblichkeit infolge Unterernährung in großem Maße erhoht ist. Es ist die Ernährungsvorschriften nicht, da sie es unter den Jahren besser gehabt hätten als Selbstversorger. In Polen und Oberschlesien wäre infolge der politischen Lage die Ernährung ungünstig. Aber es gingen große Mengen deutscher Nahrungsmittel im Säumuggelände über die Grenze und lämen als Auslandswares zurück, wobei der Kaufpreis bezahlt werden müsse.

Bis zur nächsten Ernte seien noch etwa 1.500.000 Tonnen Brotgetreide verfügbar. Diese kommen bis Ende April reichen. Falls wir die Vorräte bis zur neuen Ernte streden wollen, würden wir anstatt der jetzigen 2000 Gramm nur 900 Gramm wöchentlich verteilen können. Zu einer derartigen Mahregel könnte man nicht schreiten. Für Kartoffeln sei die Lage außerordentlich ungünstig.

Die

Alle Hebele müssen eingesetzt werden, um Lebensmittel aus dem Auslande hereinzuholen; aber außer Lebensmitteln gebrauchen wir auch Rohstoffe, in erster Linie eigener Erzeugung, um die Fahrlägen an das Ausland leisten zu können. Hierzu sei Eingang über die Grundlagen des Reichs und Schaffung von Ordnung notwendig.

Soviel Emanuel Böhm. Aus seinen Darlegungen geht für jeden, der sich die Sache nicht vollständig hat benehmen lassen, klar hervor, daß Deutschland und mit ihm die deutsche Arbeiterschaft nur dann vor dem Zusammenbruch gerettet werden kann, wenn es gelingt, Waren ins Ausland zu bringen. Unter entwertetes Papiergele, mit dem wir während der Kriegszeit im Lande mehr schlecht als recht gewirtschaftet haben, will das Ausland nicht. Es hat darum keinen Sinn, wenn man sagt: Wenn der Krieg noch länger gedauert hätte, so hätte man auf die bisherige Weise weitergewirtschaftet, also muß es auch jetzt noch gehen. Dafür sind wir gezwungen, unter allen Umständen den internationalen Verkehr wieder aufzunehmen und der muß sich schon anders gestalten als unsere Kriegswirtschaft.

Vertrag von Tschämpfer.

Die Besser-Zeitung teilt mit, daß die Regierung 60 Tschämpfer in Auftrag gegeben hat. Der größte Teil soll auf den Reichsweisen gebaut werden, der andere Teil auf Privatversten als Erfas für ausgeschlagene Kriegsschiffsbauten. Bei den Privatversten sind im ganzen etwa 100 Tschämpfer in Auftrag gegeben worden. Bei diesen umfangreichen Neubestellungen ist eine gewisse Typisierung und Normalisierung der Tschämpferbauten eingeleitet worden. Danach wird für die Nordseeschifffahrt ein Typ von 38 Meter Länge, für Ostseeschifffahrt ein Typ von 40 Meter Länge und für die Fischerei in der Ostsee ein Typ von 36 Meter Länge gebaut. Die vorgesehene Maschinenleistung liegt zwischen 350 und 450 Pferdestärken und die Fahrtgeschwindigkeit soll etwa 10 bis 12 Knoten betragen. Der Wertpapier ist im allgemeinen etwas kleiner als der Elbtyp, und die Befrachtboote laufen infolgedessen durchschnittlich $\frac{1}{2}$ bis 1 Knoten mehr als die Elbtypen. Dem breiteren Typ wird jedoch von den Befrachtreedereien aus Sicherheitsgründen der Vorzug gegeben.

Das entmutigende Entlassungszeugnis.

ek. Ein kaufmännischer Angestellter war von dem Aussichtsrat einer Aktiengesellschaft entlassen worden, nachdem er mit diesem in Streitigkeiten geraten war. Er erhält zunächst überhaupt kein Zeugnis; nach zwei Monaten wurde ihm endlich ein solches ausgestellt, welches indessen die Bemerkung enthält, der Entlassene sei der Buchführung nicht gewachsen gewesen, es seien manche irrtümliche Buchungen vorgenommen, auch habe er im Umgang mit den Aktionären den ungemessenen Ton des kaufmännischen Verkehrs vermissen lassen. Mit diesem Zeugnis geträumt sich der Entlassene keine neue Stellung zu suchen und flügte auf Abendzeitung. Er erhält infolgedessen ein Jahr lang ohne Beschäftigung und verlagerte deshalb die Aktiengesellschaft auf Schadenssach. Das Oberlandesgericht wies die Klage ab, da der Kläger den Versuch hätte machen müssen, trotz des schlechten Zeugnisses eine neue Stellung zu erlangen, was durchaus nicht unmöglich gewesen wäre, wenn er die Unternehmer über die Streitigkeiten mit der Befragten aufgeklärt hätte. Auf die Revision des Klägers hob das Reichsgericht dieses Urteil auf, und zwar mit folgender Begründung: Es spricht viel dafür, daß dem Kläger nicht auszumuten war, mit dem schlechten Zeugnis auf die Stellenjude zu geben; doch bleibt dieser Punkt der Untersuchung des Oberlandesgerichts vorbehalten. Inbegriff enthält das angefochtene Urteil einen Rechtsstreit insofern, als das Oberlandesgericht gar nicht geprüft hat, ob nicht der Kläger durch das unzutreffende Zeugnis entmutigt werden mußte, sich eine neue Stelle zu suchen. (Urteil des Reichsgerichts vom 7. Februar 1919, Allgemeine II. 247/18.)

Vom Husland

Schweiz.

Der Schweizerische Metall- und Uhrenarbeiterverband im Jahre 1917. Gleichzeitig mit dem Jahresbericht des Schweizerischen Handels- und Industrievereins ist auch der des Metall- und Uhrenarbeiterverbundes für 1917 zur Verbindung gelangt, und dieses zentrale Zusammentreffen der Berufe zweier verschiedener Verbände mag zeigen, daß die Gründe für die späte Veröffentlichung in den besondern Zeitabständen liegen.

Der 236 Seiten starke und zahlreiche statistische Überblick enthaltende Bericht des Metall- und Uhrenarbeiterverbundes ist eine ungemein fleißige und gewissenhaftlich detaillierte Arbeit. Aus früheren Berichtserörtern des Verbands ist bekannt, daß er im Jahre 1917 einen hochstaatlichen Aufschwung erfahren und die Zahl seiner Mitgliedern von 107 im Jahre 1916 auf 118, seiner Mitglieder von 35 730 auf 62 826 vermehrt hat. 18 Betriebstellen hatten mehr als 1000 bis 4779 (Chaux-de-Fonds) und 11 über 500 bis 1000 Mitglieder. Das Jahr 1918 dürfte der Verband mit nahezu 100 000 Mitgliedern abschließen.

Eine wichtige Befreiung des verlogenen Gefüges der Gegner über die ostalpinischen Heze in der schweizerischen Arbeiterbewegung, die an allem falsch sein sollen, was den Herrnstaaten nicht gefällt, über die nationale Statistik der Mitglieder. Damit gehören dem Verband Ende 1917 59 931 Schweizer, 1272 Deutsche, 828 Engländer, 460 Franzosen, 243 Österreicher und Ungarn sowie 52 aus anderen aus verschiedenen anderen Ländern als Mitglieder an, zusammen 295. Die gegenüber den 59 931 Schweizern eine geringe Bedeutung haben. Auffällig ist die Zusammenfassung der Mitgliedschaft in anderen Verbänden, nur in jenen Gewerkschaften ist das Verhältnis ein anderes, und die Ausländer zahlreicher vertreten, als die Arbeiterschaft von Schweizern, wie zum Beispiel die Baumwolle, zusammenfassen, in denen wegen Mangel am Ausbildungstraum die Schweizer jämmerlich vertreten sind.

Der gesamtbetriebene Gewerkschaftsverband des Metall- und Uhrenarbeiterverbundes gehörten Ende 1917 35 450 Mitglieder an. Ein Höhepunkt waren für den Verband die 641 Lokalvereinigungen (1916: 556), davon 68 (14) Zweite, die sich auf 248 Betriebe mit 16 413 (55 078) Beteiligten erstreckten, wovon 15 305 organisiert waren, so daß 41 000 die fortwährenden Ausländer der von ihnen organisierten Gewerkschaften entzogen waren. Mit ihrem finanziellen und materiellen Einsatz werden sie trotzdem behauptet haben: "Die Gewerkschaft steht ja doch nichts!", um die Organisationen um die ihr gehörenden Brüder herzulegen und die Solidarität mit den Verbundangehörigen aufrecht zu erhalten. Und Erfolg hatten ihre Rundschreiben, nur 8 verdeckter erzielte Gewerke wurden Lokalvereinigungen und Gewerkschaften um 40 349 Fr. die Woche oder 3.75 Fr. für jeden Betrieb. So ist das Jahr bereit, zeigt ja die statistische Summe der 21 328 148 Fr. Zuge kommt 23 798 Schweizer, das gesamte Arbeiterschaftsumfang von 12 777 Arbeitern und die erhebliche Verbesserung der Einkommen der 51 Gewerkschaften im Frühjahr 1918. Die 68 Zweite mit 434 Be-triebenen des Verband 282 925 Fr.

So ist die am 1. Januar 1918 neu geschaffene Gewerkschaft mit der zentralen Arbeiterversammlung gegen den Arbeiterschaftsverband, an der momentan der eine jeder Seigniorat geöffnete Arbeiterversammlung bestimmt ist, von dem die Lösung der Arbeiterversammlung erwartet wird.

Reichstag wurde in 43 Sälen mit einem Programmheft vor 11 267 500 Fr. gewählt. 19 Reden berichten über besondere Arbeitsversammlungen. Die Verbandszeitung ist unter dem Titel "Gewerkschaften" zusammengekommen. Diese Berichte über Agitationen erschienen vor der Verbreitung eines Programms in 20 000 Exemplaren. Die Gruppenkasse zahlte in 2025 Gruppenstellen 1000 für Arbeiterschaftsunterstützung auf 467 222 Fr. auf. Die Kosten beliefen sich auf 162 868 Fr. Vermögen der Arbeiterschaften und Reisekosten wurden mit 13 611 Fr. geleistet. Rottal- und Württembergarbeiterkasse erforderten 14 932 Fr.

Die Gesamteinnahmen des Verbandes betrugen 1 386 658 Fr., die Ausgaben 1 088 721 Fr., das Verbandsvermögen stieg um 297 937 Fr. auf 991 990 Fr. Neben 200 000 Fr. haben die Metallarbeiter im B. G. R. angelegt.

Der Bericht schließt seine kurzen Schlussbetrachtungen mit dem Satz: "Mit unwiderstehlicher Konsequenz drängt die ganze wirtschaftliche Entwicklung auf eine vermehrte Zusammenfassung aller proletarischen Kräfte hin."

Ungarn.

Maschinen und Eisen. Die verschiedenen Organisationen dieser beiden Berufe haben sich sämtlich aufgelöst. Am 19. Januar fand eine Konferenz der Maschinen und Eisener statt, die beschloß, sich dem Verband der Eisen- und Metallarbeiter anzuschließen.

Großbritannien.

Widersprüchliche Nachrichten. Daß unter der englischen Arbeiterschaft zurzeit große Unruhe herrscht, darin stimmen alle Nachrichten aus England überein, sie weichen jedoch von einander ab, wenn es sich darum handelt, die Ursache der Unruhe anzugeben. Über diese werden wir wohl erst dann zuverlässige Nachrichten erhalten,

wenn wieder ein freier Bericht zwischen den Staaten möglich ist. Nach dem in Nr. 8 der Metallarbeiter-Zeitung enthaltenen Bericht muß man annehmen, daß die Unruhe unter den englischen Arbeitern mindestens doch zum großen Teile politische Ursachen habe. Dagegen brachte die Frankfurter Zeitung in ihrem ersten Morgenblatt vom 16. Februar aus dem Haag eine Mitteilung, wonach die Ausstände in England, mit Bolschewismus oder Spartanismus nichts zu tun haben. Das beweist zwar noch nicht, daß sie nicht doch politisch sind, denn es gibt doch auch noch andere politische Bewegungen. Allerdings lautet die Mitteilung weiter, daß die Ausstände rein wirtschaftlicher Natur seien und daß es außer in Glasgow, wo die Polizei mit Gummihüppeln dreschlag, nirgends zu nennenswerten Zusammenstößen gekommen sei. Den Truppen geht allerdings die Entlassung zu langsam und die Regierung sucht diese zu beschleunigen. Der Labour Leader hat angekündigt, daß alle bisherigen Streiks nur Vorpostengefechte seien und daß der große allgemeine Angriff erfolgen werde, wann die Verminderung der Arbeitszeit als einziges Mittel gegen die durch die Demobilisierung hervorgerufene Überfüllung des Arbeitsmarktes erzielen werden müsse.

Am 13. Februar wurde über Amsterdam berichtet, daß in Birmingham die Behörden die seit dem 2. Februar gebildeten A.- und S.-Stäte aufgehoben haben. Als Antwort darauf sei ein allgemeiner Streik entstanden.

Allgem. Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter

(W. a. G. Hamburg.)

Da Streitfall darüber bestehen, wie nach erfolgtem Übertritt in eine andere Klasse das Krankengeld zu berechnen ist, nachdem wir auf folgendes aufmerksam. Nach § 7 Abs. 8 der Säuhungen hat ein Mitglied im Erkrankungsfalle während der ersten 13 Wochen nach erfolgtem Übertritt für die Dauer der Krankheit nur Anspruch auf das Krankengeld nach der Klasse, aus welcher der Übertritt erfolgte. Am 1. Januar dieses Jahres sind die neuen Klassen in Kraft getreten und von da an konnte der Übertritt auch nur aus den neuen Klassen erfolgen. Nach § 7 Abs. 11 d. S. raten die Mitglieder, welche bisher der 1. bis 3. Klasse angehören, ohne weiteres in die Klasse über, welche dem bisher bezahlten Beitrag entsprach, zum Beispiel traten also die Mitglieder, welche früher der 1. Klasse angehören, ohne weiteres in die neue 3. Klasse über und nur aus dieser konnte der Übertritt in eine höhere Klasse erfolgen. Bei Erkrankungsfällen innerhalb der ersten 13 Wochen nach erfolgtem Übertritt darf also für die Dauer der Krankheit das Krankengeld nur nach der Klasse berechnet werden, aus welcher der Übertritt erfolgte. Dieses trifft auch für die Mitglieder zu, welche der früheren 4. Klasse angehören. Der erhöhte Anspruch auf Krankengeld tritt erst bei den Krankheiten ein, die eintreten, nachdem mindestens 13 Wochen lang der erhöhte Beitrag bezahlt wurde.

Hamburg, 11. Februar 1919.

Mit Gruß

Der Vorstand.

Eingegangene Schriften

Zur Bezeichnung der angezeigten oder besprochenen Werke wende man sich nicht an uns, sondern nur an den bei jedem Werk angegebenen Verlag oder an eine Buchhandlung.)

Sozialdemokratische Bemerkungen zur Übergangswirtschaft. Von Karl Rautenkranz. Leipzig 1918, Verlag der Leipziger Buchdruckerei-Mitgliedschaft. 166 Seiten. Preis gehobt 3 Fr., gebunden 4.50 Fr. — Das Werk besteht aus folgenden Abschnitten: Einleitung. I. Die Arbeitslosigkeit und Demobilisation; 2. Arbeitslosigkeit. II. Sozialwirtschaft: 1. Das Sparen; 2. Proportionalität und Kontinuität; 3. Krieg und Kontinuität; 4. Die Neuorganisation der Produktion. III. Die Frachtzettel. IV. Die industriellen Arbeitsmittel: 1. Die Verminderung der Arbeitsmittel; 2. Die Ausnutzung der Arbeitsmittel; 3. Die Wahl unter den Arbeitsmitteln. V. Die landwirtschaftlichen Arbeitsmittel: 1. Die ländliche Arbeiterschaft; 2. Die Weisheit in der Landwirtschaft; 3. Großbetrieb und Kleinbetrieb; 4. Die Landwirtschaftsverwaltung der Dorfgemeinde; 5. Städtische Landwirtschaft. VI. Die Rohstoffwirtschaft: 1. Großbetrieb; 2. Die Bergwerke; 3. Die Landwirtschaft; 4. Die Holzproduktion; 5. Der internationale Handel; 6. Staatsliche Regelung des Handels; 7. Wirtschaftspolitik; 8. Die Kolonialpolitik. VII. Das Geld: 1. Die Anfänge des Geldes; 2. Die Münze; 3. Das Zahlungsmittel; 4. Die Scheidemünze; 5. Das Papiergele; 6. Die Rentnote; 7. Wechsel und Scheid; 8. Das fiktive Kapital; 9. Die Zahlungsbilanz; 10. Die Ausdehnung des Gold und Silber; 11. Der Geldmarkt. VIII. Übergangswirtschaft und Sozialismus. — Das Werk war schon im Juli 1918 fertig, wurde aber durch die Zensur monatelang zurückgehalten. Zum die Ereignisse ist natürlich ein Teil der Darstellung überholt worden. Somethin kann man noch mit Rücksicht auf dieses Buch zurückziehen.

Die soziale Bildung des Krieges. Von Karbach. 21. bis 40. Band. Berlin 1918, Druck und Verlag: Verlag der Säuhungen zur Sozialwissenschaft. Berlin SW. 16. Lindenstraße 114. 32 Seiten. Preis 50 Fr. — 1917 wurde erschienen, in fünf Auslagen bearbeitet und in mehrere Straßen übertragen, sodann bis 1918 die Ausdehnung der Revolution verboten, kommt jetzt diese Bildung wieder. In einem neuen Band wird der Verfasser mit dem Überleben der sozialdemokratischen Kämpferkunst und damit das System der Kriege und Friedenszeit auf. Zu den Kämpfen in die Säuhung entwendet. Bewerbungen sind an den großen Sozialdemokratischen Karlsplatz, Karlsruhe, und Karlsruhe-Südstraße, Kaiserstraße, Karlsruhe bis zum 2. März d. J. mit der Zuschrift "Bewerbung" bis zum 5. März an den Kollegen Anton Henle, Ulm a. d. Iller, Steinstraße 43/2, zu richten.

Bewerbungen um ausgeschriebene Stellen, sonstige Anzeigen und etwaige Beschwerden über solche nur an den Verlag von Alexander Schlick & Cie., Stuttgart, Rötelstraße 16 b.

Mitteilungen an die Schriftleitung oder an die Verbandsstellen sind niemals Sendungen beizulegen, die für den Verbandsvorstand oder den Verlag bestimmt sind, sondern stets besonders abzulegen. Die neugewählten Ortsverwaltungsmitglieder ersuchen wie besonders, dies zu beachten.

Bemühen und Einkommen verkleinert werden. Der Verfasser fordert, daß man nicht die Produktionsmittel enteignen solle, sondern die Produktionsergebnisse und den Ertrag des Unternehmens in der Hauptsache der Gemeinschaft zukommen lassen.

Von Kiel bis Berlin. Der Siegeszug der deutschen Revolution. Von Erich Kuttner, Rektor des Vorwärts. Mit zahlreichen Bildern. Verlag der Sozialwissenschaft G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstraße 114. 30 Seiten. Preis 50 Fr. — Erschien schon kurz nach Ausbruch der Revolution als erste Schrift, die dieses Ereignis behandelt. Trotz der Hast, in der sie hergestellt wurde, darf sie Anspruch auf geschichtlichen Wert erheben.

Der Totentanz vor Opern. nebst einem Anhang kleinerer Kriegsgedichte von Hermann Junge. Leipzig 1918, Kommissionserverlag der Leipziger Buchdruckerei-Mitgliedschaft. 52 Seiten. Preis 1 M. — Der Dichter hat die Grausamkeit des Krieges in vorderster Reihe selber miterlebt und seinen kriegerischen Gefühlen bereitete Ausdruck verliehen. Wir wünschen diesen Gedichten viele Leser.

Fachkunde für Metallarbeiter. Herausgegeben von Ingenieur und Gewerbelehrer H. Baltrusch, Köln. 1. Teil 106 Seiten, 2. Teil 89 Seiten. Preis je 2.45 M. — Der erste Teil behandelt die Brennstoffe, die Erze und ihren Abbau, die Roheisen- und Schmiedeeisenherstellung, die Herstellung und Verarbeitung des Gußeisens, das Walzen des Eisen, weitere wichtige Metalle und die weitere Verarbeitung des Schmiedeeisens und des Stahls. Zum Schlusse folgt noch eine Erklärung der chemischen und physikalischen Vorgänge bei der Gewinnung und weiteren Verarbeitung der Rohstoffe. Im zweiten Teil werden die Werkzeuge und die Werkzeugmaschinen beschrieben. Ein Anhang behandelt das Wagen und das spezifische Gewicht. Der Verfasser hat sich bemüht, eine möglichst kurze und übersichtliche Einführung in die Fachkunde für Metallarbeiter zu schreiben. Sie enthält, was der junge Metallarbeiter und besonders der Lehrling im allgemeinen darüber wissen muß. Auf alle Einzelheiten kann der Verfasser in dieser knappen Darstellung natürlich nicht eingehen. Deshalb sind die beiden kleinen Bücher für die einzelnen Berufszweige nötig. Seiner Aufgabe genügt das vorliegende Werk aber sehr gut. Die zahlreichen Abbildungen lassen alles Untertaktige weg und sind klar und deutlich.

Julian im Reichsanzug. Drollige Gänge und Fahrten durch Deutschland. Erlebt, ersonnen und erzählt von Theodor Thomas. Illustriert von W. R. Heinrich. 1918, Druck und Verlag der Union-Druckerei und Verlagsanstalt G. m. b. H., Frankfurt a. M. 159 Seiten. Preis gehobt 2.50 M., gebunden 3.50 M. — Diese Geschichten werden einem Teil der Leser schon bekannt vorkommen, weil sie diese schon in der sozialdemokratischen Tagespresse gelesen haben. Über das schadet nicht, denn lesewert ist das Büchlein doch. Der Verfasser hat recht, wenn er in seinem Geleitwort sagt, daß man gegen manche Dinge nur mit überleginem Spott anlaufen kann. Hoffentlich wird die Hungerblöße bald ein Ende haben, so daß dieses Büchlein nur noch als drolliges Andenken daran in Betracht kommen kann.

Zur Beachtung!

Zur Vermeidung von Verzögerungen ersuchen wir um genaue Beachtung des Folgenden:

Es sind zu senden:

Mitteilungen wegen Fernhalting des Zuganges und Wenderungen des Abreisevergleiches an den Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Rötelstraße 16 a; Berichte und sonstige Beiträge, die in der Metallarbeiter-Zeitung veröffentlicht werden sollen, ferner Bekanntmachungen der Ortsverwaltungen in Verbandsangelegenheiten, Bekanntmachungen über Sterbefälle an die Schriftleitung der Metallarbeiter-Zeitung, Stuttgart, Rötelstraße 16 b, und niemals nach Berlin, Glasser Straße 88—88; Bestellungen auf die Metallarbeiter-Zeitung an die Verbandsstelle in Stuttgart, Rötelstraße 16 b, oder in Berlin N. Glasser Straße 88—88, je nachdem der Ort, wo die Bestellung erfolgt, einer der beiden Verbandsstellen zugeteilt worden ist;

Bewerbungen um ausgeschriebene Stellen, sonstige Anzeigen und etwaige Beschwerden über solche nur an den Verlag von Alexander Schlick & Cie., Stuttgart, Rötelstraße 16 b.

Mitteilungen an die Schriftleitung oder an die Verbandsstellen sind niemals Sendungen beizulegen, die für den Verbandsvorstand oder den Verlag bestimmt sind, sondern stets besonders abzulegen. Die neugewählten Ortsverwaltungsmitglieder ersuchen wie besonders, dies zu beachten.

Verbands-Anzeigen

Mitgliederversammlungen.

In allen Versammlungen werden Mitglieder aufgenommen.)

Samstag, 8. März:

Kielburg, Fürstenhof, 8 Uhr.

Samstag, 15. März:

Schönbüll, S.-A. Gold. Adler, halb 9.

Bekanntmachungen

der Ortsverwaltungen u. dergl.

Eben. Zum ersten Bevollmächtigten und Geschäftsführer wurde Kollege Karl Wolf gewählt. Den übrigen Bevollmächtigten herzlichen Dank.

Zürcherwalde